



Info Dienst Nr. 6 / 2010

Liebe Leserin,  
lieber Leser,

in diesen Tagen zeigt sich bei der Herausforderung unser Gesundheitswesen zu konsolidieren und zukunftssicher zu machen, immer deutlicher, welchen Plan die Bundesregierung verfolgt. Die einkommensunabhängige Kopfpauschale, bei der die Putzfrau den gleichen Beitrag in die Gesundheitskasse einzahlt, wie der Bankmanager, wird konkreter. Nun hat auch die CDU-Vorsitzende Angela Merkel grünes Licht gegeben, die Pläne weiter zu verfolgen.

Dabei will die Mehrheit der Deutschen an der solidarischen Gesundheitsversorgung festhalten. Als SPD haben wir in dieser Woche eine Kampagne gestartet. Auf [www.nein-zur-kopfpauschale.de](http://www.nein-zur-kopfpauschale.de) können auch Sie Ihre Stimme abgeben. Zu einer öffentlichen Abstimmung über die Kopfpauschale wird auch die Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen. Bei einer SPD geführten Landesregierung in Düsseldorf fehlen der Bundesregierung die notwendigen Stimmen im Bundesrat, um das Vorhaben durchzusetzen.

Die weiteren Themen der Sitzungswoche in Berlin habe ich in diesem Info-Dienst zusammengefasst.

Mit freundlichen Grüßen

Oliver Kaczmarek

---

Die Themen:

1. Nein zur Kopfpauschale
2. Gleichstellung von Frauen im Erwerbsleben durchsetzen
3. Sponsoring-Affäre
4. Betriebsratswahlen
5. Im Blickpunkt

#### 1. **Nein zur Kopfpauschale**

In dieser Sitzungswoche haben wir als SPD-Fraktion einen Antrag zur Wiederherstellung der paritätischen, also durch Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu gleichen Teilen aufzubringende, Beitragszahlungen im System der gesetzlichen Krankenversicherung eingebracht.

Der mangelnde Einsatz der Bundesregierung gegen die von mehreren Krankenkassen erhobenen Zusatzbeiträge macht deutlich: Die Zusatzbeiträge stellen den Einstieg in die von Union und FDP angekündigte einkommensunabhängige Kopfpauschale dar. Der Anteil der Arbeitgeber an der Krankenversicherung wird eingefroren. Sie werden sich an absehbaren Kostensteigerungen im System also nicht mehr beteiligen. Und der Arbeitnehmeranteil soll "einkommensunabhängig" sein – die Kopfpauschale, bei der die Sekretärin denselben Beitrag zahlen soll, wie der Bankmanager.

Dabei lehnen drei von vier Deutschen lehnen die Kopfpauschale ab. Es gibt eine große Mehrheit in unserem Land für eine solidarische Gesundheitsversorgung. Gemeinsam mit dem DGB und vielen gesellschaftlichen Gruppen wollen wir dieser Mehrheit Gehör verschaffen. Am Samstag startete die SPD eine Unterschriftenaktion, die sich für die Rettung der solidarischen und guten Gesundheitsversorgung für alle stark macht. Bis Donnerstag hatten bereits über 17.000 Menschen im Internet ihre Stimme gegen die Kopfpauschale abgegeben. Auch Sie können unter [WWW.NEIN-ZUR-KOPFPAUSCHALE.DE](http://WWW.NEIN-ZUR-KOPFPAUSCHALE.DE) Ihre Stimme gegen die Kopfpauschale abgeben.

Als SPD-Fraktion fordern wir in unserem Antrag, dass die kassenindividuellen Zusatzbeiträge gestrichen und die Beitragssätze in der gesetzlichen Krankenversicherung wieder paritätisch finanziert werden. Die Bundesregierung wird darüber hinaus aufgefordert, bis Ende 2010 ein Konzept zur Einführung einer solidarischen Bürgerversicherung vorzulegen.

Den Antrag der SPD-Fraktion finden Sie unter:

<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/008/1700879.pdf>

## **2. Gleichstellung von Frauen im Erwerbsleben durchsetzen**

Vor dem Internationalen Frauentag am 8. März erneuern und bekräftigen wir als SDP-Fraktion mit einem Antrag die Forderung nach einer Gleichstellung von Frauen im Erwerbsleben. Dies ist trotz vieler Appelle durch freiwillige Maßnahmen nicht erreicht worden. Frauen verdienen in Deutschland rund ein Viertel weniger als ihre männlichen Kollegen, die eine gleiche oder gleichwertige Arbeit ausüben. Damit gehört Deutschland nach wie vor zu den europäischen Staaten mit der größten Ungleichheit bei der Bezahlung von Männern und Frauen. Wir fordern daher gesetzliche Regelungen, um die Gleichstellung von Frauen und Männern auf dem Arbeitsmarkt durchzusetzen.

Die Gleichstellungspolitik in Deutschland braucht neue Impulse. Defizite und Handlungsbedarf gibt es vor allem bei dem Ziel der gleichen Entlohnung für gleiche bzw. gleichwertige Arbeit von Frauen und Männern, einer deutlichen Erhöhung des Frauenanteils in Aufsichtsräten, Vorständen sowie in Leitungspositionen von Wirtschaft, Forschung und Lehre.

Auch die Vereinbarkeit von Familie und Erwerbsleben für Frauen und Männer muss verbessert werden. Ziel muss es sein, die partnerschaftliche Aufteilung der Betreuung von Kindern aber auch von pflegebedürftigen Angehörigen zu ermöglichen. Wir wollen, dass das Elterngeld entsprechend weiterentwickelt wird.

Wir fordern ein Gleichstellungsgesetz für die Privatwirtschaft, ein Entgeltgleichheitsgesetz, eine Quotenregelung für Frauen in Aufsichtsräten und Vorständen ebenso wie eine Weiterentwicklung des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes. Von der Einführung eines flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohnes würden gerade Frauen besonders profitieren, da ihr Anteil an geringfügiger Beschäftigung und Teilzeit besonders groß ist. Eine geschlechtergerechte

Arbeitsmarktpolitik muss dabei auch die Situation der Alleinerziehenden berücksichtigen. Nach wie vor gilt es auch, das Steuersystem geschlechtergerecht weiter zu entwickeln.

Den Antrag der SPD-Fraktion finden Sie unter:  
<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/008/1700821.pdf>

### **3. Sponsoring-Affäre**

Am Donnerstag dieser Sitzungswoche gab es eine aktuelle Stunde zu der sogenannten Sponsoring-Affäre der CDU, die sich immer weiter ausweitet. Zuerst der Fall Jürgen Rüttgers, der sich als Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen für Lobbygespräche vermieten ließ. Jetzt die Sachsen-CDU, die Kontakte zum Ministerpräsidenten gegen Geld angeboten hat. Die Methode von Jürgen Rüttgers und Stanislaw Tillich ist dieselbe. Je mehr Geld ein Unternehmen an die CDU zahlt, desto leichter der Zugang zum Regierungschef. Rüttgers und Tillich bieten sich ja nicht als Privatpersonen an, sondern als öffentliche Amtsträger. Diese Praxis bezahlter Einflussnahme kommt einem Verkauf der Demokratie gleich. Die Mövenpick-Spendenaffäre von Union und FDP, die bezahlten Rednerauftritte von Guido Westerwelle bei Banken, die in Steuerbetrug verwickelt sind, seine persönliche Spendenwerbung bei einem verurteilten Steuerhinterzieher, und das alles verbunden mit einer schamlosen Klientelpolitik: Schwarz-Gelb Geld zuzustecken, zahlt sich aus für die vermögenden Spender und Sponsoren. Das ist ein verheerendes Signal.

Vor diesem Hintergrund hat der Streit um die Steuerbetrüger-Daten, die den Landesregierungen auf einer CD zum Kauf angeboten werden, eine besondere Note. Wird Schwarz-Gelb auch noch zum Schutzpatron der Steuerhinterzieher? Es geht um Tausende von Fällen, in denen bis zu 400 Millionen Euro an Steuern hinterzogen wurden. Die Welle der Selbstanzeigen aus Angst vor Entdeckung zeigt, welche Ausmaße dieser systematische Rechtsbruch hat. In der Bundestagsfraktion der Union haben der Rechtspolitiker Siegfried Kauder und der Vorsitzende Volker Kauder immer wieder klar gemacht, dass sie die Rechtsbrecher lieber davonkommen lassen, als die dem Staat angebotenen Daten von Steuerhinterziehern zu erwerben. Die FDP-Spitze in Berlin duckt sich weg. Sie zögert und grübelt und schweigt in dieser für sie brennend unangenehmen Frage. Doch hier gilt: Steuerbetrug ist keine Sünde, wie es so oft verniedlicht wird, sondern eine Straftat, die nach den Gesetzen ebenso wie andere Straftaten geahndet werden muss. Vor diesem Hintergrund ist die Blockade der schwarz-gelben Landesregierungen in Bayern und Baden-Württemberg besonders bedenklich.

Diesen Komplex aus Steuerbetrug und politischer Verschleppung der Strafaufklärung haben wir am Dienstag zum Thema einer Aktuellen Stunde im Deutschen Bundestag gemacht. Die Bundesregierung muss den Verdacht ausräumen, dass in Deutschland die Käuflichkeit politischer Entscheidungen, Klientelpolitik und Strafvereitelung bei Steuerhinterziehung Normalität werden.

### **4. Betriebsratswahlen**

Am 1. März haben die Betriebsratswahlen für das Jahr 2010 begonnen. Die schlimmste Finanz- und Wirtschaftskrise der Nachkriegszeit hat eines deutlich gemacht: Es waren Gewerkschaften und Betriebsräte, die an der Rettung der Unternehmen gearbeitet und in vielen Fällen erreicht haben.

Die Mitbestimmung, lange Zeit verunglimpft und verspottet, hat sich als wichtige Kraft der nachhaltigen wirtschaftlichen Entwicklung und der sozialen Teilhabe bewährt. Vor

allem die FDP, die in regelmäßigen Abständen behauptet hier einen Wettbewerbsnachteil zu sehen, sollte aus den letzten Wochen eine Lehre ziehen.

Jetzt gilt es, neue Betriebsräte zu gründen und bestehende Betriebsräte mit einem starken Mandat auszustatten. Dabei hilft eine hohe Beteiligung an den Betriebsratswahlen, für die ich werben möchte, damit in den kommenden vier Wochen die Betriebsratswahlen 2010 ein Erfolg werden.

## **5. Im Blickpunkt**

### **Einsetzung des Gorleben-Untersuchungsausschusses**

Parlament und Öffentlichkeit haben einen Anspruch darauf, dass die Gorleben-Lügen endlich restlos aufgedeckt werden. Wir haben deshalb gemeinsam mit den Fraktionen aus Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE in dieser Sitzungswoche den Antrag zur Einsetzung des Untersuchungsausschusses "Gorleben" auf den Weg gebracht. Schwarz-Gelb will nach wie vor wider besseren Wissens den Standort Gorleben als Atommüll-Endlager durchsetzen. Grundlage dafür ist eine im Jahr 1983 von der damaligen Bundesregierung getroffene fatale Lenkungsentscheidung.

Kern des Untersuchungsauftrages ist: Aufklärung darüber, inwieweit die Auswahl und Entscheidung zur alleinigen Erkundung Gorlebens auf politischer Vorfestlegung und politischer Einflussnahme beruhte und nicht auf Grundlage wissenschaftlicher Expertise erfolgte. Wir wollen klären, wer hierfür Verantwortung trägt und welche Schlüsse für die weitere Suche nach einem Endlager für Atommüll zu ziehen sind.

### **Chancengleichheit stärken – das BaföG ausbauen**

In dieser Woche wurde im Deutschen Bundestag unser Antrag „BAföG ausbauen und Chancengleichheit stärken“ in 1. Lesung beraten. Wir wollen mehr jungen Leuten eine Förderung ermöglichen, die Leistungen anheben und neue Förderangebote für Familien mit mittlerem Einkommen machen.

Das BAföG muss fortentwickelt werden, z. B. durch die Einbeziehung von Teilzeitstudiengängen, die Anhebung des Vermögensfreibetrages, die Schließung der Förderlücke vom Bachelor- zum Masterstudium, die Verlängerung der Förderdauer, die Gleichstellung eingetragener Lebenspartnerschaften, die Berücksichtigung der Pflege von Angehörigen bei der Förderdauer sowie der besseren Berücksichtigung von Geschwistern in Ausbildung. Die Bedarfssätze und Freibeträge müssen an die Preisentwicklung gekoppelt werden.

### **Kinderlärm – Kein Grund zur Klage**

Deutschland soll ein familienfreundliches Land sein. Wir wollen mit unserem Antrag „Kinderlärm – Kein Grund zur Klage“ ein politisches Signal für eine kinderfreundliche Gesellschaft setzen. Der Deutsche Bundestag berät unseren Antrag in dieser Woche in 1. Lesung.

Für uns gehört „Lärm“ durch Kinder zum Leben dazu. Die von Kindern verursachte Geräuschkulisse muss als sozial angemessen gelten. Sie darf nicht mit Gewerbe- oder Verkehrslärm gleichgesetzt werden. In einer Ergänzung des § 3 Absatz 1 des Bundes-Immissionsschutzgesetzes ist klarzustellen, dass Kinderlärm generell keine schädliche Umwelteinwirkung im Sinne des Gesetzes darstellt.

Den Antrag der SPD-Fraktion finden Sie unter:

<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/008/1700881.pdf>